



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Initiative Schleswig-Holsteins für Afghanistan-Abschiebestopp unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag begrüßt die Initiative des Landes Schleswig-Holstein für einen Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan.
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in dem vom schleswig-holsteinischen Innenminister Stefan Studt eröffneten Konsultationsverfahren ebenfalls für eine Aussetzung von Abschiebungen auszusprechen.

Begründung:

Mit Schreiben vom 10. Januar 2017 hat der schleswig-holsteinische Innenminister Stefan Studt ein Konsultationsverfahren gegenüber Bund und Ländern mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen Regelung zur Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan eingeleitet. Innenminister Studt reagiert damit auf einen aktuellen Lagebericht des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR vom 22. Dezember 2016, wonach sich die Sicherheitslage in Afghanistan in den vergangenen Monaten "deutlich verschlechtert" habe. Ein pauschalisierender Ansatz, wonach bestimmte Regionen als sichere und zumutbare innerstaatliche Fluchtalternativen angesehen werden könnten, ist nach Ansicht des UNHCR "vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Afghanistan nicht möglich". Nach Ansicht des UNHCR ist das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne der EU-Qualifikationsrichtlinie betroffen.

Abschiebungen nach Afghanistan sind unter diesen Bedingungen unverantwortlich und gefährden Gesundheit und Leben der Betroffenen. Hessen sollte dem Beispiel von anderen Bundesländern wie Thüringen folgen und sich nicht an den Sammelabschiebungen beteiligen sowie sich mit den Innenministern von Bund und Ländern auf eine bundesweite Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan verständigen.

Wiesbaden, 17. Januar 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen